

## Die Rolle zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Entwicklungspolitik: Deutschland und die Niederlande im Vergleich

**I**N DER ENTWICKLUNGSZUSAMMENARBEIT und Entwicklungspolitik haben zivilgesellschaftliche Nichtregierungsorganisationen (non-governmental organization: NGO) seit den 1990er Jahren verstärkt an Relevanz auf nationaler und internationaler Ebene gewonnen. Das Ende der Blockkonfrontation und die Weltkonferenzen der 1990er Jahre rückten ihr Engagement und ihre Arbeit in den Fokus von Öffentlichkeit, Politik und Wissenschaft. Während sie in der Entwicklungszusammenarbeit als Durchführungsorganisationen schon lange etablierte Mitstreiter und Partner von Nationalstaaten und internationalen Institutionen sind, ist ihre Bedeutung bei der Gestaltung von Entwicklungspolitik seit Anfang der 1990er Jahre deutlich gestiegen.

Der Bedeutungszuwachs der NGOs ist eng an den Prozess der Globalisierung geknüpft. Zunehmende Interaktionen in den Bereichen Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über die Grenzen des Nationalstaates hinweg haben zu weltweit wahrnehmbaren Strukturveränderungen geführt und gleichzeitig die Komplexität von Problemen gesteigert. Dies ist mit weitreichenden Folgen für die Handlungs- und Steuerungsfähigkeit der Nationalstaaten verbunden. Der grenzüberschreitende Charakter von Problemen erschwert oftmals eine Problemlösung auf nationaler Ebene beziehungsweise allein durch nationalstaatliche Entscheidungsträger und erfordert die Intensivierung transnationaler oder globaler Zusammenarbeit politischer sowie gesellschaftlicher Akteure. Die im nationalen Rahmen stattfindenden Willensbildungs- und Entscheidungsprozesse bilden aber weiterhin die Grundlage von Politik.

Doch ist auch auf nationaler Ebene ein Wandel in der Politikgestaltung zu konstatieren. Ausdruck dieses Wandels ist die Veränderung des Verhältnisses von Staat und Gesellschaft. So ist nicht mehr allein die politische Elite – also Regierung, Parlament und Parteien – für die Herstellung von Politik verantwortlich. Vielmehr ist eine Ausweitung des Akteursspektrums erfolgt, so dass zahlreiche nichtstaatliche Akteure aus Wirtschaft und Gesellschaft am Aushandlungs- und Entscheidungsprozess von Politik beteiligt sind. Hierarchische Steuerungsformen treten somit zugunsten des Steuerungsmodus »Koooperation« in den Hintergrund. Dies spiegelt sich auch in der Entwicklungspolitik wider. NGOs werden hier als Partner staatlicher Akteure am Prozess des *policy making* beteiligt. Die Position und Rolle, die sie dabei einnehmen, ist jedoch nicht immer eindeutig geklärt.

Ob sie tatsächlich mitgestalten oder primär Legitimationsbeschaffer für staatliche Akteure und für deren *policy making* sind, muss jeweils analysiert werden.

An dieser Stelle setzt das Forschungsvorhaben an: Entwicklungspolitik soll unter Governance-Perspektive als »Regieren unter zivilgesellschaftlicher Beteiligung« verstanden werden. Das zentrale Erkenntnisinteresse gilt dabei der Rolle von NGOs in der deutschen und niederländischen Entwicklungspolitik. Denn sowohl Deutschland als auch die Niederlande sind bedeutende entwicklungspolitische Akteure und haben die Zusammenarbeit mit NGOs zu einem Standbein ihrer Entwicklungspolitik gemacht. In beiden Ländern werden NGOs einerseits finanziell gefördert, erhalten andererseits aber auch die Möglichkeit, auf unterschiedliche Art und Weise am politischen Entscheidungsprozess mitzuwirken.

Ausgangspunkt dieser Arbeit ist die Annahme, dass es in der deutschen und niederländischen Entwicklungspolitik Governance-Arrangements gibt, an denen staatliche Akteure und NGOs beteiligt sind. Des Weiteren wird angenommen, dass sich Unterschiede in der Ausgestaltung dieser Arrangements feststellen lassen, die sich aus ihren »jeweiligen historisch gewachsenen und verfassungsmäßig bestimmten Regelungsstrukturen«<sup>1</sup> ergeben. Bisher handelt es sich bei dem Zusammentreffen von staatlichen Akteuren und NGOs jedoch um eine Art »Blackbox«. Daher werden hier deutsche und niederländische Governance-Arrangements der Entwicklungspolitik in den ersten Phasen auf dem Weg zum *policy making* (Problemdefinition, Agenda Setting, Politikformulierung) untersucht.

Ziel dieser Arbeit ist es, anhand der vergleichenden Perspektive Unterschiede und Gemeinsamkeiten in der Ausgestaltung der entwicklungspolitischen Governance-Arrangements aufzuzeigen und Aussagen über Besonderheiten der politischen Steuerung im Politikfeld, das nationale Governance- und Staatsverständnis, die politische Kultur sowie über den zivilgesellschaftlichen Entwicklungsorganisationsbereich beider Länder tätigen zu können.

Die hier verwendete *top down*-Perspektive geht der Frage nach, wie es dem Staat gelingt, NGOs in den politischen Entscheidungsprozess einzubinden und steuerungspolitisch zu nutzen. Anhand qualitativer Interviews sollen insbesondere Mitarbeiter staatlicher Institutionen, aber auch ausgewählter NGOs befragt werden, um Erkenntnisse über die Ausgestaltung der Governance-Arrangements zu erhalten. Zusätzlich werden Dokumente herangezogen, die Aufschluss über entwicklungspolitische Entscheidungsprozesse sowie die Verankerung von NGOs im sozioökonomischen System beider Länder geben und Aussagen über das jeweilige Verhältnis von Staat, NGOs und Zivilgesellschaft sowie deren Kooperationsformen ermöglichen.

Janina-Lorena Obermeyer

<sup>1</sup> R. MAYNTZ, *Kapitel 2: Governance im modernen Staat*, in: A. BENZ/N. DOSE, *Governance – Regieren in komplexen Regelsystemen. Eine Einführung*, Wiesbaden 2010, S. 37–48, hier S. 41.